

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924**

3.1.1924 (No. 3)



# Karlsruher Tagblatt

**Bezugspreis:**  
Halbmonat 1.50 M. frei  
Post. In unterm  
Gebiet oder in unterm  
Land abgeholt 1.40 M.  
Durch die Post bez. monatl.  
20 M. auschl. Anschlag.  
**Einzelverkaufspreis:**  
Bretzels 12 M.  
Sonntags 15 M.  
Im Falle höherer Gewalt  
an der Post keine An-  
sprüche bei verspäteter  
Lieferung der Zeitung.  
Abbestellungen können  
nur bis zum 29. auf den  
folgenden Monatsheften an-  
genommen werden.

**Anzeigenverrechnung:**  
für die Druck. Anzeigen-  
stelle über deren Raum 25  
M. a. W. auswärts 30 M. a. W.  
Reklamestelle 80 M. a. W. an  
erster Stelle 90 M. a. W.  
Rabatt nach Tarif.  
Verlag, Schriftleitung und  
Geschäftsstelle Mittelstraße 1  
Fernverrechnungslinie:  
Geschäftsstelle Nr. 18.  
Verlag Nr. 21 und 297.  
Schriftleitung Nr. 20.  
Anzeigenschreiber Nr. 19.  
Postfachkonto Nr. 9547  
Karlsruhe.

**Badische Morgenzeitung** Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Verantwortl. für den Inhalt: Hermann v. Laer; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den politischen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den Reichsteil: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl  
121. Jahrg. **Donnerstag, den 3. Januar 1924** Nr. 3

## Bayrische Janfarentlänge!

(Von unserem Münchener Mitarbeiter.)  
Bayern, das vor einigen Monaten durch den ultrapolitischen Senation gemacht hat, erregt jetzt wieder großes Aufsehen durch politische weientlich anders geartete Ereignisse. Seit den Wahlen im Bayern innerpolitisch ein Erdbeben erschütterte. In den Parteien gärs und rumorts, dabei liegt die Auflösung des Landtages zugrunde vor der Tür. Man kann heute schon prognostizieren, daß es diesmal besonders heftig, ja vielleicht wilde Partei- und Wahlkämpfe geben wird. Am meisten zeigt sich dies in der Bayern-Mittelpartei, die eine Koalitionsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei bestritt. Die deutsche Volkspartei gearb wiederum die alte nationalliberale Partei und aus der Bayerischen Mittelpartei gleich Deutschnationale Volkspartei wird sich heftig durch das Auftreten des Abgeordneten Koch (Winnher a. D.), das erhalten Dr. Meckers eine bayerische Partei tauschschaffen. Man spricht heute auch schon davon, daß die Vaterländischen Verbände, die aus ehemaligen Einwohnerwehr entstanden sind, ebenfalls Wahlkandidaten aufstellen werden und also wohl in eine Art Landtagspartei umarmen werden. Doch außerdem die Hofenkreuz- gegenwärtig nur geknebelt aber nicht befreit sind, braucht nur gelöst zu werden. Der Nationalismus in diesen Reihen ist heute ungeheurer und wird früh oder spät wieder explosiv entladen.

Gleichzeitig herrscht bekanntlich noch eine letzte Regierungs- und Koalitionskrisis. Die Koalitionspartner sind mit ihrem Minister Wustner aus der Regierung ausgeschieden und die Mittelpartei, die ihre Fraktionsmitglieder aneinander nicht fest an der Hand hat, ist doch ein wacher Bundesgenosse der stärksten noch übrig bleibenden Regierungspartei, der Bayerischen Volkspartei. Die Landtagsauflösung erheischt eine einzige Lösung. So eifrig im ersten Augenblick alle Parteien von links bis rechts für die Auflösung waren, so haben sie doch durch nachträgliche Forderungen bezüglich einer Milderung des Wahlgesetzes, Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten, die an sich eilige Frage praktisch vergeret.

Bayerns Regierung ist nun — das ist der berechtigte Grund der Krise — ohne Ermächtigungsgesetz, weil eben der Bauernbund nicht dafür stimmen wollte, und die Mittelpartei als Koalitionspartner zum Teil auch dagegen stimmte. Nun stehen die Dinge in Bayern so: Die Regierung steht auf schwächerer Basis. Sie hat kein Ermächtigungsgesetz. Die Landtagsauflösung wird verweigert. Arbeit kann man allerdings kaum nennen.

In diesen Wirrwarr fiel die energische Forderung der Bayerischen Volkspartei nach rascher Landtagsauflösung. Und als dies, wie oben gezeigt, nicht stattgegeben wurde, kam die Entschlossenheit der Einberufung des Landesparlamentes der Partei, der entscheidende Schritt zu fassen hätte. Die Beschlässe liegen vor. Sie sind aber für Außenstehende überaus durch die gewaltigen Ausmaße, die sie zeigen. Der Landesparlament beschloß einmal ein Volksbegehren einzuleiten, das auf die Landtagsauflösung zielt, der übrigens sonst erst nach einem natürlichen Todes herben würde. Man kam nun die Forderung nach einem weiteren Volksbegehren. Der neu zu wählende Landtag soll mit einfacher Stimmenmehrheit seiner Mitglieder ermächtigt werden, eine neue Verfassungsurkunde zu beschließen.

Damit ist ein Schritt gewaltigen Bedeutsamkeit. Der Verfassungstempel ist ermetzt.  
Bisher lebte Bayern unter dem Notdach seiner Verfassung vom 14. August 1919. Die Bayerische Verfassung war ein Kompromißwerk zur Bewehrung der Mächtigsten und sollte dem Staate vorläufig eine Form der Lebensfähigkeit geben. Mehrere Zeiten konnten dem bayrischen Verfassungswerke die Reform bringen, die es erforderte. Aber diese Reformversuche, die tatsächlich mehrmals ausstiegen, sind eben in der Bayerischen Verfassung von vornherein ziemlich unzulänglich gemacht durch den § 92. Dieser läßt Verfassungsänderungen nur durch Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtages zustande kommen, also wohlgernecht zwei Drittel der anwesenden Abgeordneten, sondern der Gesamtmitgliederzahl überwiegen. Der Volkswille bleibt so durch die Paragrafenfestschneidung erdrückt. Das Volksbegehren nun Wandel schaffen, freie Bahn schaffen für eine neue bayrische Verfassung.

In welchem Sinne die Verfassungsänderung erfolgen soll, ist bereits angedeutet durch die gewaltigen Begründung des Gesetzentwurfes, der dem Volksbegehren unterbreitet werden soll. Es ist eine Forderung, die nach dem Entwurf des Landesparlamentes der Entwurf enthalten: Einschränkung des Staatspräsidenten, Zentralisierung der Verfassung, der parlamentarischen Regierung (sog. der Abgeordnetenregierung?), Aenderung des Wahlrechtes im Sinne einer Verbindung

## Zwischen Paris und London.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:  
Die kommende Arbeiterregierung in England wird ihre Schatten voraus. Die britische Außenpolitik ist schon jetzt ganz offensichtlich bemüht und darauf eingestellt, die Bahn vorzubereiten, in der sie sich unter Macdonald voraussichtlich bewegen wird. Sie richtet sich auf eine entscheidende Haltung Frankreich gegenüber ein, und sie braucht nicht lange zu suchen, um die Interessen Englands gegen die hegemonialen Pläne Vincars zu verteidigen zu müssen. Der von Tag zu Tag sich vergrößernde englisch-französische Gegensatz ist neuerdings durch den Abschluß des Bündnisses zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei verstärkt worden. Die Einwendungen, die englischerseits in Paris und Prag erhoben wurden, scheinen sehr eindringlich gewesen zu sein, denn der „Daily Telegraph“, der vom englischen Außenministerium orientiert zu sein pflegt, meldet heute, daß der tschechische Ministerpräsident Ende des Monats in London eintreffen werde, um der englischen Regierung verbindlich Auskunft über den Vertrag mit Frankreich zu geben.

Diese Ankündigung dürfte die Antwort der Prager Regierung auf den außerordentlich unfreundlichen offiziellen Artikel der „Times“ vom 1. Januar sein, in dem das Bedauern Englands darüber ausgesprochen wurde, daß die Tschechoslowakei ihre unabhängige Stellung gegenüber den einzelnen Ländern der Entente preisgibt. Auch bezüglich der Verwaltung der Pfländer an Rhein und Ruhr sind in den letzten Tagen erhebliche Schwierigkeiten zwischen Frankreich und England aufgetaucht. Frankreich verlangt für die Durchführung des durchgehenden Eisenbahnverkehrs durch die britische Zone ein ausgedehntes Vorkaufsrecht über die deutschen Beamten im Kölner Bezirk, das England nicht einräumen will.

Ein weiterer Konflikt ist über die Anwendung der Nicuvertträge auf diejenigen Ruhrbergwerke, die völlig in englischem Besitze sind, entstanden. Der Generaldirektor der Gewerkschaft Mont Cenis, die sich völlig in englischen Besitze befindet, hat seinerzeit zwar einen Nicuvertvertrag unterzeichnet, erklärt jetzt, daß er bereit sei, die rückständige Kohlensteuer zu bezahlen, es aber ablehnen müsse, als Verwalter eines englischen Eigentums irgend welche Reparationskosten an die französisch-belgische Verwaltung zu leisten, da englische Privatpersonen nicht verpflichtet seien, deutsche Reparationsleistungen zu bewirken, eine Rechtsauffassung, deren Richtigkeit für englische Besitzer deutscher Unternehmungen von der Rechtsabteilung des englischen Auswärtigen Amtes bestritten worden ist.

Für die Stimmung in England ist ferner eine Londoner Nachricht charakteristisch, der zufolge in Londoner Kreisen, die Lord Curzon nahe stehen, die gegenwärtige Situation zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits mit erhöhter Aufmerksamkeit verfolgt wird. Man sei in London der Auffassung, daß die Entscheidung in dem Komplex der Rhein- und Ruhrpolitik unmittelbar bevorstehe, und die Meinung Lord Curzons geht dahin, daß England als Verbündeter in Westeuropa Deutschlands unmittelbar bei Veränderungen auch verwaltschaftlicher Art an Rhein und Ruhr interessiert sei. „Daily Mail“ erinnert daran, daß Lord Curzon selbst vor einiger Zeit erklärt habe, Großbritannien werde mit Bezug auf alle Veränderungen im Verbandsregime zugezogen werden müssen. Es müsse deshalb der Vornahme entgegengetreten werden, das das deutsche Memorandum Frankreich und Belgien allein und nicht auch die übrigen Alliierten angehe. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt in diesem Zusammenhang, im gegenwärtigen Augenblick könne die Diplomatie nicht offener genaue geführt werden.

## Neujahrskundgebung der amerikanischen Regierung.

Paris, 2. Jan. (Drahtbericht.) In einer Erklärung des amerikanischen Ministers des Auswärtigen Hughes zum Neujahrstage heißt es in der Washingtoner Meldung des „New York Herald“:  
Im Jahre 1923 haben die Vereinigten Staaten den höchsten Produktionsstand seit dem Kriege aufzuweisen gehabt. Die Wirtschaftskraft ist gestiegen, die Reallohnrate hoch und die Kapitalanlage in den letzten Monaten der Verbandsregierung habe Fortschritte gemacht, und das Eisenbahnen habe die stärksten Verbesserungen seit dem Kriege erfahren. Das Ganze

starke Beanspruchung der Wählerschaft, die wohl sechsmal im neuen Jahr ihre Wahlpflicht erfüllen muß, nämlich: 1. Volksbegehren, 2. Volksentscheid, 3. Landtagswahl (konstituierender Landtag), 4. Landtagswahl auf Grund der künftigen Verfassung, 5. Reichstagswahl, 6. Gemeindevahlen.

sei begleitet gewesen mit einem bemerkenswerten Nachlassen der Spekulation und der gefährlichen Kreditüberpannung. Amerika habe niemals in der Geschichte einen so hohen Standard of Life, einen so hohen Grad kommerzieller und industrieller Tätigkeit aufgewiesen wie jetzt. Die wirtschaftlichen Aussichten für Amerika seien glänzend, und die Lage in der Welt sei hoffnungsvoll, allerdings nur auf Grund der Aussichten, die die aufgenommenen Verhandlungen über die Regelung der Entschädigungsfrage böten. Aber selbst wenn diese letztere Regelung zustande gekommen sei, gäbe es noch genügend nicht minder wichtige Probleme im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der internationalen Handelsbeziehungen auf Grund des Wiedereintritts der deutschen Kohle und des deutschen Stahls in den Wettbewerb auf den Weltmärkten und im Zusammenhang mit der etwaigen Rückkehr von Kapitalen nach Europa, die nach den Vereinigten Staaten ausgeführt worden seien.

Paris, 2. Jan. (Drahtbericht.) Vincars hat in dem in Paris erscheinenden amerikanischen Blatt „Newport Tribune“ einen Artikel veröffentlicht, der sich an das amerikanische Volk richtet. Die Ablich spricht Vincars von den angeblich gefährdeten Rechten und von der Friedensliebe Frankreichs. Zum Schluss sagt er: „Ich bin erfreut, daß angegebene amerikanische Bürger sich unterwegs befinden, um an einer Studie der großen wirtschaftlichen Probleme, die gestellt sind, mitzuarbeiten. Ihre Aufmerksamkeit wird sich auf die Ruhr und die Durchfuhrung des durchgehenden Eisenbahnverkehrs durch die britische Zone ein ausgedehntes Vorkaufsrecht über die deutschen Beamten im Kölner Bezirk, das England nicht einräumen will.“

## Französische Neujahrsbetrachtung zur Wirtschaftslage.

Paris, 1. Jan. Sehr pessimistisch ist das Industriellenblatt „Journale Industrielle“ in der Betrachtung der Wirtschaftslage. Die große Frage der nächsten Woche sei die Preisentwicklung auf dem inneren Markt. Von ihrem Verlaufe hänge es ab, ob Frankreich im neuen Jahre einer schweren Wirtschaftskrise entgegengehe oder nicht. Während Dollar und Pfund die Kurse des Jahres 1923 beträchtlich überschritten hätten, habe sich die Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung in den letzten Monaten entschieden vermindert. Mit anderen Worten: Es bestehe seit einiger Zeit eine starke Spannung zwischen der disponiblen Mene zirkulierender Geldmittel und der benötigten Mene, die erforderlich wäre, um die Entwertung des Franken auszugleichen. Das aber sei das erste Symptom einer drohenden Verbrauchskrise. Diese Krise sei unvermeidlich, wenn nicht bald eine Änderung der Situation eintrete. Sie zu vermeiden, gebe es nur zwei Wege: Entweder die Inflation oder eine Stabilisierung des Franken auf der Höhe, den er vor zwei bis drei Monaten gehabt habe. Frankreich stehe also nunmehr vor der Alternative: Inflation oder Deflation, und die Entscheidung darüber werde nicht nur von wirtschaftlichen Momenten, sondern in hohem Maße auch von der politischen Entwicklung der folgenden Monate bestimmt sein.

## Verkehrserleichterungen.

Wiesbaden, 2. Jan. (Drahtbericht.) Die interalliierte Rheinlandkommission erläßt eine Verordnung Nr. 250, wonach den gegebenen Verhältnissen entsprechend für die im besetzten Gebiet aufstehenden Personen der Verkehr zwischen diesem Gebiet und dem unbesetzten Deutschland freigegeben und für die Bezirke der unbesetzten Nachbargebiete Verkehrserleichterungen geschaffen werden. In besonders dringenden Fällen können Bewohner des besetzten Gebietes, die den Besuch von unbesetzten Deutschland wünschenden Personen zu erhalten wünschen, im Namen dieser Personen das Gesuch bei dem Delegierten der Rheinlandkommission ihres Kreises einreichen. Diese Verfügung tritt sofort in Kraft.

## Die Einstellungen bei der Regie.

Paris, 2. Jan. Nach einer Hausmeldung aus Düsseldorf hat die französisch-belgische Regie seit dem 17. Oktober 58 102 deutsche Eisenbahner eingestellt. Nach der gleichen Agentur sind am 28. Dezember 20 Ausweisungsbefehle rückgängig gemacht worden.

## Eine „Arbeiter“-Regierung in England.

Die Niederlage, die sich Baldwin und seine Konservativen durch Auflösung des Parlaments und die Lösung: „Schutzölle“ zugezogen haben, ist eine vernichtende. Anstatt einer Mehrheit von 80 bis 90 Stimmen im Unterhaus, über die sie verfügten, sind sie mit 99 Stimmen in die Minderheit geraten. Baldwin hat gleich demissionieren wollen. In diesem Falle wollten die Konservativen indes einen Anderen als Premier austrufen und Baldwin kam zugleich um die Führerschaft der Partei. Er hat daher vorgezogen, bis zum Zusammentritt des neuen Parlaments am 14. Januar am Ruder zu bleiben und das zu erwartende Mißtrauensvotum abzuwarten.

In der Opposition, die ihn zu Falle bringen soll, wird die Arbeiterpartei unter Macdonald, mit ihren 192 Stimmen die stärkste sein und Macdonald daher vom Äußeren berufen werden, eine Regierung zu bilden. Da weder die Arbeiterpartei selber noch die Konservativen oder Liberalen eine Koalition eingehen wollen, steht eine reine „Arbeiter“-Regierung in Aussicht. Macdonald hat sich denn auch schon bereit erklärt, das Staatssteuern zu übernehmen.

Es wird vor allem sich darum handeln, der erschreckend überhandgenommene Arbeitslosigkeit abzuwehren. Baldwin meinte es nicht anders zu können, als indem England zum Schutzoll-System übergehe. Die Arbeiterpartei will es mit den Liberalen beim Freihandel belassen und dem Notstand zunächst mittels einer Kapitalabgabe abhelfen; womit indes der Industrie und dem Handel, deren Erbe der Notstand bedingt und die ohnehin mit Steuern überlastet sind, nur ein weiteres Übergewicht an die Sohle gehängt werden würde. Des Ferneren sollen die Bergwerke und die Eisenbahnen verstaatlicht werden, was jedenfalls nicht im Handumdrehen zu bewerkstelligen ist.

Darin sind alle Parteien einig, daß der Notstand von Handel und Industrie, zumal der Schiffahrt, von der England in erster Linie lebt, in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß der europäische Markt, zumal der russische und der deutsche, darniederliegt. Dem russischen wollen Macdonald und Genossen aufhelfen, indem sie die Sowjet-Regierung anerkennen und damit endlich mit Rußland Frieden schließen. Daß der deutsche Markt so verjagt, darob herrscht nur eine Meinung, ist dem Vorgehen Frankreichs zuzuschreiben. Zumal gegen den Einbruch in das Ruhrgebiet und die Vergewaltigung der Rheinlande haben die Arbeiterpartei die schärfste Verwahrung eingelegt. Ihr Vorkampf im Parlament hat Baldwin genötigt, dagegen Stellung zu nehmen. Daß er es trotzdem bei „freundlichen Worten“ belassen und Vincars ruhig hat weiter machen lassen, ist ihm schwer angerechnet worden. Da Macdonald und Genossen kein Hehl daraus machen, daß sie die Staatslenker an der Demie und die Entente cordiale mit Frankreich für den Krieg mitverantwortlich machen, und damit Deutschland entlasten, müßten sie folgerichtig das Steueruder gerademwegs umhellen und der französischen Machte- und Gewaltpolitik Halt gebieten. Macht gegen Macht sehen. Sie sind die letzten, an das Schwert zu appellieren. Wie wollen sie da Vincars dahin bringen, das seine einzustücken? Nur zu wahrhaftig werden auch sie es dabei bewenden lassen, ihm die Reiten zu lassen.

Daß sie mit ihrem unüberwindlichen Sozialismus, ihrer Bekämpfung des „Kapitals“ mit dem derzeitigen Parlament nicht weit kommen können, ist sonnenklar. Sobald sie in dieser Richtung vorgehen, werden sie auf die geschlossene Opposition der 258 Konservativen und 165 Liberalen stoßen, von 615 Stimmen nur 192 haben! Sie planen daher, bei dem ersten Widerstand das Parlament wieder aufzulösen und hoffen, auf diese Weise es noch zu einer absoluten Mehrheit zu bringen.

Durch diese ihre Rechnung aber hat Asquith in seiner ersten Ansprache an seine Liberalen einen dicken Strich gemacht. Die jüngste Wählerwahl, führte er aus, hat ergeben, daß die Konservativen mit ihrer Schutzoll-Lösung und die Arbeiter mit ihrer Kapitalabgabe zwei Drittel der Wähler gegen sich haben, dagegen der Freihandel, wie ihn die Liberalen auf die Fahne geschrieben hatten, genau umgekehrt zwei Drittel der Wähler auf seiner Seite hat. Die Liberalen seien daher die einzigen der drei in Frage stehenden Parteien, die aus der Schlocht als Sieger hervorgegangen seien. Kämen sie im Parlament mit ihren 165 Stimmen hinter die Konservativen mit ihren 258 und die Arbeiterpartei mit ihren 192 Stimmen zu stehen, so seien sie doch in der Lage, mit Hilfe der Arbeiterpartei die Konservativen zu stützen, sowie mit Hilfe der Konservativen die Arbeiterpartei. Der Gegensatz zwischen den Arbeiterparteilern und den Konservativen und Liberalen sei ein so unausgleichbarer und tiefer, daß die Konservativen gegebenenfalls sich bereitfinden dürften, eine liberale Regierung zu unterstützen. Macdonald und Genossen meinten, mit



ihren 192 Stimmen das Parlament nach Gütlichen auflösen zu können. So sei das ein großer Irrtum. Das Recht der Auflösung des Unterhauses habe bei der Krone. Falls nun Macdonald, als Premier, für seine Regierung keine Mehrheit im Parlament besitze und infolgedessen bei der Krone die Auflösung des Unterhauses beantrage, so brauche diese keineswegs seinem Antrage Folge zu geben. Findet sich ein anderer Premier im Parlament, der in der Lage sei, eine Regierung zu bilden, die über eine Mehrheit im Unterhause verfüge und hierzu bereit sei, so werde die Krone, dem Vertrauen gemäß, diesen mit der Bildung der neuen Regierung betrauen.

Manch ließ deutlich genug durchblicken, daß er gegebenenfalls bereit sein werde, diesem Rufe Folge zu leisten. Sollte es einmal doch zu einer „Arbeiter“-Regierung kommen, so seien die Umstände zur Zeit die denkbar ungünstigsten, sobald sie über den Strang schlage, werde es um sie gehen sein. Und so dürften ihre Tage bald gezählt sein.

Die kommende Arbeiterregierung in England.

Derby, 2. Jan. Albert Thomas erklärte, die Arbeiterregierung werde keine törichteren Dinge versuchen. Ihr Programm sei die Wiederherstellung des Friedens im Auslande.

Das Düsseldorferverbrechen.

Berlin, 1. Jan. Dem „Berliner Tagblatt“ zufolge hat Regierungspräsident Grünher, der im Düsseldorferverbrechen verurteilt worden war, an das französische Kriegsgericht in Düsseldorf folgenden Telegramm gerichtet: Gegen meine am 22. Dezember erfolgte Verurteilung lege ich Berufung ein in tatsächlicher und richterlicher Beziehung, insbesondere wegen Verletzung des Haager Landkriegsabkommens, weil ich als Inhaber der Landespolizeigewalt im Regierungsbezirk Düsseldorf am 30. September 1923 gegen die Separatisten als deutsche Hoch- und Landesverräter lediglich nach deutschem Gesetz eingeschritten bin.

Dortmund, 2. Jan. Im Verfolg der Dortmunder Verhandlungen mit der Regie sind von deutscher Seite alle Vorbereitungen getroffen worden, um den Verkehr zwischen dem unbefestigten und dem besetzten Gebiet über sämtliche Übergangsstationen sofort in Gang zu bringen. Bei den Inspektionen der französischen Regie sind entsprechende Verfügungen zur beschleunigten Aufnahme des Personenverkehrs noch nicht eingegangen. Die deutschen Dienststellen, die für den Verkauf von Regiefahrkarten vorgesehen sind, sind von der Regie noch nicht mit entsprechenden Fahrkarten, Tarifen, Material usw. ausgerüstet. Diese Verzögerungen werden von den Handel- und Gewerbetreibenden sowie von der Arbeiterbevölkerung aufs unliebsamste empfunden.

Vor einem neuen Schlag gegen die Pfalz.

London, 2. Jan. Der „Kilmer Times“-Korrespondent erhielt weiteres Beweismaterial, daß die Franzosen einen weiteren Schritt mit Hilfe separatistischer Werkzeuge in der Pfalz beabsichtigen. Die Franzosen ermutigen die Separatisten zur Übernahme der Regierungsgewalt. Die Franzosen planen auch, ein autonomes Heffen-Raffan zu schaffen.

Aus der Pfalz, 2. Jan. Der separatistische Regierungs-Kommissar Schwab hat einen gewissen Sprangmann aus Birmlens als Bürgermeister eingesetzt und den Stadtrat für aufgelöst erklärt. Wie die „Frankf. Rta.“ berichtet erklärte Schwab dem derzeitigen Bürgermeister Hellbreiter, für ihn existiere weder ein Stadt-

rat, noch ein Bürgermeister. Unter diesen Umständen sah sich der Stadtrat gezwungen, vorläufig seine Tätigkeit einzustellen. Wie weiter aus der Pfalz berichtet wird, wurde den Bezirksbeamten von den Separatisten ein Ultimatum gestellt, bis zum 28. d. Mts., vormittags 10 Uhr, eine Konfliktserklärung für die separatistische Regierung abzugeben. Das Ansuchen wurde von den Beamten unter dem Hinweis auf den Beamteneid abgelehnt. Darauf wurden die Beamten entlassen und aus den Büros verwiesen. Außerdem wurde ihnen eine Strafe von 100 Franken auferlegt. Da nach einer Mitteilung der Separatisten an die Beamten ein ganz bedeutender Abbau im Interesse des „Staatswohlens“ vorgenommen werden müsse, so sind die Beamten auch nach Abgabe einer Konfliktserklärung den Separatisten auf Gnade und Ungnade in die Hände gegeben.

Die Separatistenbewegung an der Mosel.

St. Avin, 2. Jan. (Drahtber.) Wie der „Ablenischen Volkszeitung“ aus Trier gemeldet wird, ist in der dortigen Gegend wiederum ein Separatistenputsch geplant. Man erwartet Zulauf aus der Pfalz.

Ein Separatist als Geldräuber verhaftet.

Paris, 2. Jan. Der „Eclair“ berichtet, daß am 11. Dezember, was bisher verschwiegen wurde, der bekannte Agitator und Vorsitzende der französischen „Ablenigen“, Paul Hodel, durch die französische Polizei verhaftet wurde. Aus einer Erklärung des Blattes geht hervor, daß Hodel mit Separatisten eine Gefährdung der Reichsfinanzkasse (Frankfurt/Main) nach Wiesbaden abgeplant und den Raub in der Villa des Separatistenführers Dorian in Wiesbaden niedergelegt hatte. Hier wollte Hodel die Vereinfachung des Geldes unter die verschiedenen Befehlshaber der Separatisten verteilen. Für diese Tat habe Hodel dem französischen Befehlshaber in Wiesbaden gegenüber die Verantwortung übernommen, um Schwierigkeiten mit der deutschen Polizei zu vermeiden. Der französische Oberkommissar in Koblenz hat Instruktionen in Paris verlangt und Paris habe die Verhaftung Hodels gebilligt.

Deutsches Reich

Der Reichsindex.

Berlin, 2. Jan. (Drahtber.) Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Bekleidung, Wohnung und Beleuchtung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für Samstag, den 29. Dezember auf das 1147 Milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber dem 22. Dezember (1150 Milliarden) ist demnach eine Abnahme von 0,3 Prozent zu verzeichnen.

Lohnstreik in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 2. Jan. Der Lohnstreik in der Berliner Metallindustrie, der infolge der Herabsetzung der Löhne durch die Arbeitgeber ausgedehnt ist und bereits am Montag zu einigen Arbeitsknielegungen geführt hatte, hat sich weiter ausgedehnt. Dem „Vorwärts“ zufolge sind in allen Betrieben, wo die Arbeiter passive Resistenz übten, die Befehlsstellen ausgespart worden. Bisher sind dies 20 Betriebe. Auch die Große Berliner Metallindustrie ist in Mitleidenhaft gezogen worden. So liegen die A. G. G., die Dynamowerke, die Lokomotiv- und Akkumulatorenwerke still. Auch bei Vorhug wird nicht gearbeitet. Der Siemenskonzern ist gleichfalls in die Bewegung zum großen Teil hineingezogen worden.

Geschlossene Front gegen den Sozialismus.

Vena, 2. Jan. Der Landespartei-tag der Deutschen Demokratischen Partei Thüringens hat einstimmig beschlossen, der Aufhebung einer Einheitsliste sämtlicher

nichtsozialistischer Parteien und Wirtschaftsverbände für die Wahl zum Thüringischen Landtag am 10. Februar zuzustimmen.

Die Thüringische Regierung bekämpft die Tätigkeit der Reichskommissare.

Beimar, 2. Jan. Das Presseamt für Thüringen erklärt: Nachdem seit dem 28. Dezember die Kommissare der Reichsregierung unter Führung des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, Herrn Künzler, bei der Thüringer Regierung gemäß Artikel 15 der Reichsverfassung die Aufsicht über die Durchführung der Reichsgesetze vorgenommen haben, wobei die Kommissare nach Auffassung der Thüringer Staatsregierung die ihnen verfassungsmäßig und laut Vollmacht des Reichsanstalters verliehenen Befugnisse weit überschritten hätten, hat anschließend die Thüringer Landesregierung den Reichsminister des Innern Jarros am 30. Dezember über die Beanstandungen in mündlicher Aussprache in Kenntnis gesetzt.

Anmerkung des W. R. S.: Wie uns von der Reichsregierung mitgeteilt wird, ist die Behauptung, daß die Reichsbeauftragten ihre Befugnisse überschritten hätten, unzutreffend.

Abänderung des bayerischen Landtagswahlgesetzes.

Berlin, 2. Jan. Wie die Blätter aus München melden, hat die bayerische Regierung die Vorlage über die Abänderung des Landtagswahlgesetzes dem Landtage zugehen lassen.

Im Reichsheer und Reichsmarine.

Aufrufe der Chefs der Heeres- und Marineleitung.

Die Chefs der Heeres- und Marineleitung haben folgende Aufrufe erlassen:

An das Reichsheer.

Dem deutschen Reichsheer Glück zum neuen Jahre!

Hinter uns liegt ein Jahr anstrengender und erfolgreicher Arbeit. Das Heer schreitet vorwärts auf dem Wege der Ausbildung und der Festigung zum Wohle des Vaterlandes.

Warme Anerkennung gilt allen Teilen, den Kommandeuren und den Truppen, welche für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Reich eingeteilt waren und sind. In mühsamer Disziplin haben sie, oft unter den schwierigsten Verhältnissen, ihre Schuldigkeit getan und bewiesen, daß in der jungen Wehrmacht die alten Soldateneigenschaften lebendig sind.

Besonderen Dank gebührt allen Bestrebungen, welche darauf abzielen, durch die in uns liegende Kraft der Ordnung und Selbstlosigkeit in den wirtschaftlichen Ritten des Volkes zu helfen.

Wenn uns die Möglichkeit belassen bleibt, auf diesem Wege vorwärts zu schreiten, so wird die Reichswehr immer mehr zu einem leistungsfähigen und ausschlaggebenden Teil der Reichsgewalt werden.

Das Heer geht einem nicht leichten Jahr entgegen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes laien schwer auf der Reichswehr. Von ihr wird Aufopferung und selbstlose Eingabe neben stillem Tragen von Entbehren verlangt. Ich vertraue darauf, daß das Reichsheer auch diesen Anforderungen gewachsen sein und fest stehen wird in Treue, in Gehorsam, in Kameradschaft, in Einigkeit.

ges. von Seekt,

General der Infanterie und Chef der Heeresleitung.

An die Reichsmarine.

In stillen Schaffen hat die Reichsmarine im verflochtenen Jahr an ihrer Ausbildung und Festigung gearbeitet. Sie hat im Inlande als zuverlässiger Rückhalt der Regierungsgewalt ge-

Die Aufwertung der Hypotheken.

6. Berlin, 2. Jan. (Drahtber.) Die dritte Steuererforderung enthält u. a. bekanntlich auch eine Heranziehung der aus billig zurückgekauften Hypotheken erzielten Gewinne zu den Steuerlasten des Reiches. In Verbindung damit ist die Frage der Aufwertung der Hypotheken wieder brennend geworden. Innerhalb der Reichsregierung stehen bekanntlich makroökonomische Kreise auf dem Standpunkt, daß eine Aufwertung der Hypotheken ernsthaft nicht in Frage kommen könne. Es müßte sogar vorübergehend mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß ein ausbrüchlicher Verbot der Aufwertung von Hypotheken erfolgen werde. Wie der „Tag“ aus Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, hört, kann es jetzt als völlig ausgeschlossen bezeichnet werden, daß ein solches Verbot erfolgen wird. Was die Aufwertung der Hypotheken anbelangt, so sind zuerst Erwägungen im Gange, die noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Aufwertung der Hypotheken bis zu 10 Proz. des Vorkriegswertes erfolgt. Die Aufwertung würde aber zum Teil für Heranziehung der Steuer dienen. Es ist auch möglich, daß man sich damit begnügt, die Aufwertung der Hypotheken von Fall zu Fall durch niederrichterliches Verfahren entscheiden zu lassen.

Im Ausland durch ihr Auftreten für das Ansehen unseres Volkes geworden.

Was trotz aller Hemmnungen, die unserer Seeleitung von außen auferlegt sind, und trotz aller Not der Zeit, von der die Marine als Ganzes wie jeder einzelne betroffen wird, erreicht worden ist, darf uns mit stolzer Befriedigung erfüllen.

Auch im neuen Jahr bleiben unsere Augen auf die hohe See gerichtet, wo unsere Ziele liegen. Auf den uns gelassenen, veralteten Schiffen gilt es den echten deutschen Seemanns- und Soldatengeist lebendig zu erhalten, und wie der Seemann sich erst im Kampf gegen den Sturm, im Anstehen in der Gefahr, im Entbehren in der Not bewährt, so wollen auch wir uns bewähren im Kampf und Not unseres Volkes, im Dienst unseres Vaterlandes in nie wankender Hoffnung und Begeisterung für seine Zukunft.

Das ist unser Gebührens, unser Wunsch für das neue Jahr!

ges.: Behndke,

Admiral und Chef der Marineleitung.

An die gesamte Wehrmacht!

Auch der Reichswehrminister erläßt folgenden Aufruf:

Auch beim diesjährigen Jahreswechsel drängt es mich, allen Angehörigen von Heer und Marine meinen warmen Dank und Anerkennung für die treue Pflichterfüllung in schwerer Zeit auszusprechen. Berufen zum Schutze der deutschen Heimat hat die Reichswehr voll ihre Schuldigkeit getan und sich damit in den weitesten Kreisen des Volkes neues Vertrauen und Ansehen erworben. Für das kommende Jahr vereinigen wir uns zu dem Gebührens, daß die Reichswehr allen Schwierigkeiten zum Trotz bleibt: die eiserne Kammer der Einheit des Reiches und der unerlöschlichen Grundstein der verfassungsmäßigen Ordnung, auf der sich unser Vaterland aufbaut zu Größe und Freiheit.

Der Reichswehrminister,

ges.: Dr. Geßler.

Der Reichspräsident und der geistige Nachwuchs.

Die Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft hatte an den Reichspräsidenten Ebert folgendes Schreiben gerichtet:

Hochverehrter Herr Reichspräsident! Sie haben uns in dem zu Ende gehenden Jahr immer wieder in vielfältiger Weise Ihre freundliche Anteilnahme an dem schweren Werke der Erhaltung des akademischen Nachwuchses bewiesen. Wir danken Ihnen für unsern aufrichtigen Dank zu sagen und zugleich unsere herzlichsten Grüsse für Weihnachten und die besten Wünsche für das kommende Jahr zu übersenden. Wir wissen, hochverehrter Herr Reichspräsident, welche schwere Sorgenlast gerade in diesen erstickenden ersten Monaten auf Ihnen liegt und wie düster die Aussichten für das kommende Jahr sind. Aber wir wissen ebenso, daß Sie als echter Deutscher jede Schwierigkeit nur als einen Anlaß nehmen, um mit um so größerem Mut und um so tieferer Eingabe zu arbeiten an einer besseren Zukunft unseres heißgeliebten Vaterlandes. Wir wissen ferner, daß Sie in diesem Bekreben auch unsere Arbeiten weiter unterstützen werden, die darauf hinstellen, den geistigen Nachwuchs Deutschlands vor dem Zusammenbruch in der letzten schweren Not zu behüten, und wir nehmen diese Gewißheit als ein hoffnungsvolles Zeichen mit hinüber in das auch für unsere Arbeit ungewöhnlich schwere, kommende Jahr.

Es wird uns immer eine besondere Ehre sein, wenn wir Ihnen, hochverehrter Herr Reichspräsident, über unsere Arbeiten berichten und uns von Ihnen durch Rat und Tat Hilfe erbitten dürfen. Wir sind überzeugt, daß Sie uns diese Hilfe nie verweigern werden.

Mit nochmals aufrichtigen Wünschen für das neue Jahr senden wir Ihnen in aufrichtiger Hochachtung und Dankbarkeit unsere ergebensten Grüße.

Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V.  
ges. Dr. Schaiter, Willmann.

Der Reichspräsident hat hierauf folgende Antwort gegeben:

Sehr geehrte Herren! Für die freundlichen Grüsse und Wünsche, die Sie mir für das Weihnachtsfest und das kommende Jahr ausgesprochen haben, danke ich Ihnen herzlich. Sie sind überzeugt, daß ich wie bisher auch künftig die Arbeit der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft mit lebhaftem Interesse begleiten und nach besten Kräften fördern werde. Sie haben durch die von Ihnen geschickten und von der Mitarbeit freudiger Persönlichkeiten aus allen Schichten unseres Volkes geförderten Einrichtungen in den zurückliegenden schweren Jahren erreicht, daß die akademische Bildung dem durch den Zusammenbruch am schwersten getroffenen deutschen Mittelstand zugänglich blieb, und ich hoffe, daß es Ihnen weiter gelingen möge, den geistigen Nachwuchs Deutschlands vor der Gefahr der Plutokratifizierung zu bewahren. Was ich dazu beitragen kann, um Kameradschaft und Verständnis weiterer Kreise unseres Volkes auf die Bedeutung und Wichtigkeit dieser Ihrer Aufgabe zu lenken, und was ich selber zur materiellen Unterstützung Ihrer Arbeit tun kann, wird, dessen bitte ich Sie versichert zu sein, auch im kommenden Jahre freudig geschehen.

Mit der Versicherung meiner besondern Hochachtung bin ich  
Ihr ergebener  
ges. Ebert.

Wenn ich Milliardär wäre...

Das „Leipziger Tageblatt“ hat an eine Reihe von Humoristen die Frage gerichtet: „Was würden Sie tun, wenn Sie 50 000 Dollar hätten?“ und darauf die folgenden Antworten erhalten:

Alexander Engel:  
Herr Gott, wenn ich 50 000 Dollar (das sind kanterte dreieinhalb hunderttausend Millionen) bekäme, würde ich vor allem auf keine Kundfrage mehr antworten...

Dann würde ich sofort nicht nur das Geld, sondern auch meine „Richtung“ wechseln. Kein einziges Lustspiel von mir würde mehr das Rampenlicht erhaschen, denn ich könnte dann den ganzen Tag auf die Banklammchen pfeifen. Ich würde nur jedes fünfte Jahr ein möglichst expromptisches Stück schreiben, das seinen Pleniug tragen dürfte. Die Hauptfrage wäre für mich, daß man mich literarisch nimmt, denn dann könnte ich mir ja auch bieten — Luxus leisten.

Koba Koba:  
Wenn ich 50 000 Dollar hätte... würde ich vor allem lernen, Margarine kochen — bis sich mein Geld verhandelt hat. Das muß ganz leicht sein, sonst brähten es doch die Dummen nicht zu stande.

Ain aber — mit fünf Millionen Dollar — ah, nun bin ich wirklich reich; und richte mir mein Leben ein, wie es mir längst gebührt.

In München las ich mir ein Häuschen bauen mit zwanzig Zimmern — von Professor Karl Jäger — im vornehmsten Viertel, am Herzogpark. Dahin laße ich meine Freunde.

In München bleibe ich das ganze Jahr. Nur im Frühling gehe ich nach Bosen.

Besser nach den Balsemen — auf mein Gut. Zu den Elefanten. Ich will nämlich Elefanten halten. Drei — oder: sechs; einzeln fühlten sie sich einsam. Ich liebe Elefanten über alles und werde sie sehr schön dressieren. Nicht zu Kunststücken — das wäre unmöglich für heiliger Tiere; nur zu Gehorsam und Anhänglichkeit.

Am Mai etwa beziehe ich mein Kitzgebirg (ich will nie anders reisen) und laße am Starnberger See. Gustav Meinrik hat Motorboote; ich fahre mit ihm. Am Oktober wird meine Villa stehen. Einmal befinde ich Meinrik drüben in Starnberg — morgen kommt er zu mir nach Leoni.

Den Juni verbringe ich in Abzasia; da ist es noch nicht zu heiß. Doch schon Ende des Monats fliege ich in die Karpaten.

Mein Geschäft wird nämlich am Fuße der Karpaten liegen, weil da so schöner Boden ist zum Reiten und Fahren.

Ob ich mit 24 Pferden auslaufe? Ich zweifle sehr. Drei tolle Hunte für mich, je zwei für meine Frau, den Sohn und die Tochter — macht 12 Reitpferde — wir brauchen doch auch Groows. Für mich ein Sechsergespann — meine Frau wird einen Viererzug wünschen, die Tochter ein Ponny. Für mein Sechsergespann muß ich zehn Trabes rechnen, um das Schmitzwerk austauschen zu können... Dann Wirtschaftsgänge...

Donnerwecker, es geht ins Geld. Ich werde Sorgen haben. Wie damals als Leutnant — wo ich sechs Pferde hielt, bei 120 Mk. Gage. Meine Glatzhaire schlossen sich zu einem Verein zusammen mit Fahne und Blechmusik.

Doch Pferde brauche ich — sonst pfeife ich auf das Reichlein...

Ich mache es kurz, nehme eine Hypothek auf die Balsemen und lasse dreißig Krampfen an Autos — für den Sohn. Zwei, denke ich.

Bis Oktober bleibe ich auf dem Bunde. Dann... ja, wohin?

Paris, Ober Berlin? Nein, ich habe doch mein Häuschen in München.

Ich will sechs Sekretärinnen halten: zwei arbeiten bis Mittag, zwei in die Nacht. Die übrigen haben unbesonnen, an den Ausnahmsagen. Ganzgott, was werde ich erleben! Schreiben! Manchmal mehr als zehn. Ich werde mir alle Geschäfte vom Leibe halten und nur produzieren.

Kein einziger Fremder oder Freund kommt mir über die Schwelle. Nie ein Briefbote. Als die Steuerbekanntnis habe ich meinen eigenen Direktor — der Kerl soll hässlich sein. Ich kümmere mich um kein Pferd, um keine Wirtschaft. Die Sekretärinnen sollen die Elefanten füttern. Ich schreibe.

P. S. Ich bitte höflich, die versprochenen 50 000 Dollar auf mein Postcheckkonto 1180 zu überweisen.  
Joachim Mangelhak.  
„Was ich täte, wenn ich 50 000 Dollar bekäme? Ich würde verrückt, blöde alle Schriftsteller.“











Aus dem Stadtkreise

Winterfütterung der Vögel.

Bei den teuren Futtermitteln ist es notwendig, daß man sparsam mit ihnen umgeht und vor allem nichts zwecklos verloren wird.

Eine einfache, in jeder Beziehung zweckentsprechende Futterstelle kann sich jeder Mann am Fenster auf folgende Weise selbst herstellen:

Ein Brett von der Breite des Fensters wird mit zwei Seitenwänden versehen, mit einem luftdichten Dach abgedeckt und auf der Vorderseite mit einem in einen Solarrahmen gefassten Glasfenster oder wenigstens mit einem mit hinreichend großen Glasfenstern versehenen Brett abschließen, so daß der Raum dahinter vollkommen erhellbar ist.

Notwendig ist eine ausreichende Fütterung erst nach Eintritt von Schneefall, wenn die Stämme des Dümmers auf andere Weise ausgedünstet sind, besonders aber bei Glatteis und Raufrost.

Will man im Freien, z. B. in einem ardeeren Garten, eine Futterstelle schaffen, so schiebt man an einer windgeschützten Stelle, an einer Gefährdungsgruppe einen Reifstau von 2 bis 3 Schritt im Geviert auf, den man mit Zannentrieben auf der Windseite dicht abdeckt.

Bei sonntags Gefährde geschüttelt. Nichts angeleitet, bietet der Reifstau eine sichere Futterstelle. Das Gemüth der Amsel bietet eine Menge Vögel, durch welche die Reifstau hindurchfliegen können und welche sie vor ihren gefährlichen Feinden, wie Krähe, Elster, Würger und vor vierbeinigen Raubtieren schützen.

70. Geburtstag. Ein angesehenes Karlsruher Handwerksmann, Schneidermeister Christian Fütterer, konnte in voller Mithilfe und allgemeinem Munde sein 70. Geburtsfest feiern.

Gesellschaftsbesonderer nach dem Schwarzwald. Nachdem der Verkehr über Dönnau wieder aufgenommen worden ist, beabsichtigt der Badische Verkehrsverband die so reich beliebt gewordenen einseitigen Gesellschaftsbesonderer vorläufig nach den Winterferien wieder aufzunehmen.

Einschränkung der 2. Kl.-Wagen. Infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage ist die Besetzung der 2. Klasse in den Personenzügen auf den meisten Strecken so zurückgegangen, daß sich die Mitführung eines besonderen Wagens oder einzelner Abteile dieser Klasse nicht mehr lohnt.

Die Landesindexziffer für Lebenshaltungskosten (mit Bekleidung) stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes vom 20. Dezember auf 1222,6 Milliarden (1913/14 = 1). Der Vergleich der Lebenshaltungskosten mit Bekleidung gegenüber der Vormode (1106,8 Milliarden) zeigt somit wieder eine Steigerung von 14 Proz. Ohne Bekleidung stellt sich die Indexziffer auf 1279,9 Milliarden.

Bezüge der Beamten usw. für Januar 1924. Die den Beamten, Angestellten, Ruhegehalts-, Parteigeblühenden und Hinterbliebenen für Januar zuzubehörenden Bezüge sind, soweit möglich, zur Hälfte am Montag, den 31. Dezember 1923, bezahlt worden und mit Rücksicht darauf, daß am Anfang des Monats erhöhte Ausgaben (Miete usw.) zu befürchten sind, bereits am Montag, den 14. Januar 1924 ausbezahlt.

Die Rückläufe der Krankenkassen. Mit Schluß dieses Monats erlischt die Befugnis der Krankenkassen, zu den früheren Beiträgen 2 v. H. des

Grundlohns als Notzulag zu erheben. Die wirtschaftliche Lage läßt nicht zu, diese Befugnis auf das neue Jahr zu erfordern.

Brennstoffspenden für die Winterhilfe. Mit besonderer Freude werden bei der herrschenden großen Kälte Brennstoffspenden begrüßt. An weiteren Spenden für die Winterhilfe sind eingegangen von der Firma Winkermann, G. m. b. H., 100 Zentner Braunkohlen, von der Firma Markthaler & Barth 20 Zentner Brennholz und von einer ungenannten Firma 15 Ztr. Stückkohlen, 15 Zentner Braunkohlenbriketts und 15 Zentner Rohbraunkohlen.

Unfall. Am 31. Dezember, nachmittags 3 Uhr, erlitt eine Hilfsarbeiterin hier in einem Betrieb in Mühlburg dadurch einen Unfall, daß sie ihre rechte Hand in eine Stanzmaschine brachte, so daß ihr Zeige-, Mittel-, Ring- und kleiner Finger vollständig abgedrückt wurden. Die Verletzte fand Aufnahme im Städt. Krankenhaus.

Veranstaltungen.

Sinfoniekonzert des Landes-Theater-Orchesters. Auf das vierte Sinfoniekonzert des erstlich verklärten Badischen Landes-Theater-Orchesters am nächsten Montag, 7. Januar, soll nochmals nachdrücklich hingewiesen werden. Der Größe der Konzeption entsprechen auch die technischen Anforderungen, die das Orchester noch sehr selten aufgeführte Werk stellt.

Neubau-Vollzieher, Waldstraße 30. Die Direktion teilt uns mit: Freiheiten zum Besuch einer Vorstellung am Dienstagmittags von 3 bis 5 Uhr, ebenso an der Vorführung I. N. R. I. am Freitag, 11. d. M., vormittags 11 Uhr, werden an Klein- sowie an Sozialrentner, Kriegswitwen, den Inhabern der Pfändereinkalten und Waisen im Büro abgegeben.

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 30. Dez.: Hermann, alt 9 Jahre, Vater Frh. v. d. G., Gutsbesitzer, alt 67 Jahre. Witwe des R. Hans Ernst Bittner, alt 67 Jahre. Witwe des R. Hans Ernst Bittner, alt 67 Jahre. Zwei Monate 12 Tage. Vater Josef Bach, Schneider; Josef Strauß, Holzwerker, ledig, alt 60 Jahre. 1. Jan.: W. H. v. d. G., Schuhmachermeister, Ehemann, alt 66 Jahre; Johanna v. d. G., alt 60 Jahre. Ehemann des Schneiders Otto v. d. G., alt 60 Jahre; David Steurer, Schuhmacher, Ehemann, alt 60 Jahre.

Gedenket der Hungernden! Spenden an die Winterhilfe Karlsruhe, Postfach Nr. 22100.

Tagesanzeiger

Donnerstag, den 3. Januar 1924. Bad. Landes-Theater: „Palastrina“, abends 5 1/2 bis nach 11 Uhr. Palastrina: Zwei Balken im Sturme der Zeit. Ruffe Deon: Großes Sinfoniekonzert, abends 8 1/2 Uhr.

Briefkasten

R. 100 in C. Wir nehmen an, daß die Verteilung des Bürgergeldes nach einem bestimmten Schema erfolgt, das die Genehmigung des Bürgerausschusses gefunden hat. Auf alle Fälle steht Ihnen die Besondere an das zuständige Bezirksamt zu.

Devisennotierungen:

Table with columns for location (w. Berlin, 2. Januar), date (31. Dezember, 2. Januar), and exchange rates for various currencies like Amsterdam, Buenos Aires, Brüssel, etc.

Unverbindlicher Markkurs in Zürich und Amsterdam. Zürich: 31. Dez.: 135 Cents; 2. Jan.: 135 Cents für je eine Billion.

Amsterdam: 31. Dez.: 60 1/2 Cents; 2. Jan.: 60 Cts. für je eine Billion.

Pariser Börse.

s. Paris, 2. Jan. Es wurden heute bezahlt für 1 engl. Pfund 85 1/4 - 84 1/4 Fr.

Nach Sachwert vorzinsliche Schuldverschreibungen

Table listing various bonds and securities with columns for type (e.g., 1 Ztr., 1 To.), value, and price.

Unnotierte Werte:

Table listing various unlisted securities and assets with columns for name, value, and price.

Wertbeständige Anlagen in Billionen Mark das Stück

Table listing various long-term investments and assets with columns for name and value.

Baer & Elend, Bankgeschäft. Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 26. Telefon 223, 235, 429

Berliner Kursbericht

Diese Kurse verstehen sich in Billionen Prozent.

Table of Berlin stock market prices, categorized by sector like Eisenbahn-Aktien, Schiffahrts-Werte, Bank-Aktion, etc.

Table of various industrial and commercial stocks, including companies like Bayer, Siemens, and others.

Table of various industrial and commercial stocks, including companies like Siemens, AEG, and others.

Table of various industrial and commercial stocks, including companies like Siemens, AEG, and others.



